

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	129
		<b>TOP:</b>	1
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	582/2020
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	19.10.2020		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	die Vorsitzende, Frau Dr. Fischer (GesundA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Schulgesundheitspflege auf neuen Wegen</b>		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 28.09.2020, öffentlich, Nr. 93  
 Jugendhilfeausschuss vom 28.09.2020, öffentlich, Nr. 104  
 Verwaltungsausschuss vom 07.10.2020, öffentlich, Nr. 415  
 jeweiliges Ergebnis: Zurückstellung  
 Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 19.10.2020, öffentlich, Nr. 124  
 Ergebnis: einmütige Zustimmung

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-  
 anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht.  
 Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier-  
 form angehängt.

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integra-  
 tion vom 08.10.2020, GRDRs 582/2020, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Durchführung des Modellprojekts "Schulgesundheitsfachkräfte an Stuttgarter Schulen" mit Fördermitteln der Eduard Pfeiffer Stiftung, der Stiftung Zukunft der Jugend, der Unfallkasse Baden-Württemberg und dem Land Baden-Württemberg für die Dauer von 3 Jahren vom 01.02.2021 bis 31.03.2024 wird zugestimmt. Ein zusätzlicher Förderantrag zur Projektevaluation wurde beim Bundesministerium für Gesundheit eingereicht.

2. Das Gesundheitsamt wird ermächtigt, für das Projekt
  - drei (Kinder-) Krankenschwestern (m/w/d) in Entgeltgruppe 9a TVöD zu 80 %
  - eine (Kinder-) Krankenschwestern (m/w/d) in Entgeltgruppe 9a TVöD zu 60 %
  - eine Gesundheitsplanung (m/w/d) in Entgeltgruppe 13 TVöD zu 30 %befristet vom 01.02.2021 bis 31.03.2024 zu beschäftigen, sofern die zugesagten Mittel bereitgestellt werden.
  
3. Das Gesundheitsamt wird weiter ermächtigt, für die Projektevaluation, die gemeinsam mit zwei Universitäten/Hochschulen durchgeführt wird
  - eine Gesundheitsplanung (m/w/d) in Entgeltgruppe 13 TVöD zu 50 %befristet vom 01.02.2021 bis 31.03.2024 zu beschäftigen, sofern die beantragten Fördermittel vom Bundesministerium für Gesundheit bewilligt werden. Sollte der Förderantrag abgelehnt werden, erfolgt die Evaluation in vereinfachter Form durch das Gesundheitsamt.
  
4. Die während der Projektlaufzeit anfallenden Personal- und Sachaufwendungen werden in Höhe bis zu 64 % durch Drittmittel (757.920 Euro) gedeckt. Die notwendigen 36 % Eigenanteil trägt das Gesundheitsamt aus Eigenmitteln (426.134 Euro). Zusätzliche Mittel werden nicht benötigt.

BMin Fezer führt aus, seit über zehn Jahren gebe es das bewährte Angebot der monatlichen Schulsprechstunde. Es habe sich herausgestellt, dass das Angebot weiterentwickelt werden müsse, um Gesundheitsrisiken von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu begegnen. Die Veränderung der Schullandschaft hin zur Ganztageschule oder zunehmend Kinder mit chronischer Erkrankung oder Behinderung an Regelschulen im Rahmen der Inklusion stellen sich als neue Herausforderungen dar. Bereits bei der SGA-Rundfahrt im Oktober 2018 im Gesundheitsamt seien Schulgesundheitsfachkräfte als Zukunftsthema präsentiert worden. In der Folge lege das Gesundheitsamt ein Konzept für ein bereits durchfinanziertes Modellprojekt für Stuttgart vor, das vorsehe, Schulgesundheitsfachkräfte zu etablieren, die während der Schulzeiten an der Schule anwesend sind. Die Finanzierung solle über Stiftungen an drei Schulstandorten in Stuttgart realisiert werden. Zu diesem drei Jahre währenden Modellprojekt gebe es Unterstützung des Sozialministeriums. Nach Ablauf der dreijährigen Projektlaufzeit werde geprüft, ob sich das Modell für alle Schulstandorte eigne. Im SGA heute Morgen habe eine Beratung zu der GRDRs 582/2020 stattgefunden, ergänzt die Vorsitzende.

Frau Dr. Fischer berichtet analog der Präsentation und teilt mit, die Finanzierung erfolge über Stiftungen, den Projektmittelfonds "Zukunft der Jugend", die Unfallkasse BW und das Land Baden-Württemberg.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) freut sich über die Vorlage und betont, dass sozial Benachteiligte diese Unterstützung benötigten. Wichtig sei für ihre Fraktion, dass die psychisch kranken Kinder ebenfalls ins Visier genommen und das Team um eine Psychologin erweitert wird. Auf eine Frage dieser Stadträtin nach der Bewilligung der beantragten Fördermittel vom Bundesministerium für Gesundheit antwortet Frau Dr. Fischer, diese seien für die Projektevaluation gedacht und seien beantragt worden. Sie erwarte demnächst einen Bescheid.

StRin Ripsam (CDU) meint, die Schulgesundheitspflege müsse mit dem Thema der Inklusion von Kindern und Jugendlichen verknüpft werden. Sie ist der Ansicht, dass nach

Ablauf des Modellprojekts die Finanzierung durch den Bund oder das Land zeitnah geklärt werden müsse. Die Kommune könne die Finanzierung nicht übernehmen. Über die zusätzlichen Mittel, die eingefordert werden, sollte im Verwaltungsausschuss beraten werden. Im weiteren Verlauf bemerkt StRin Ripsam, sie hätte sich eine gemeinsame Vorlage des Referats SI und des Referats JB gewünscht, zumal die Schulgesundheit primär Kinder und Jugendliche betreffe. Beim Durchlesen der Vorlage sei ihr aufgefallen, dass Eltern bei bestimmten Erziehungsthemen gefordert seien und diese übernehmen sollten. Sie habe Sorge, dass sich Eltern ausschließlich zu Randfiguren in der Erziehung entwickelten. Hinsichtlich der Fortführung des Projekts weist StRin Ripsam erneut darauf hin, eine Finanzierung des Landes oder des Bundes sollte im Anschluss sichergestellt sein.

Das Modellprojekt diene dazu herauszufinden, welche Möglichkeiten der Finanzierung es gebe, teilt Frau Dr. Fischer mit. Dabei werde ebenfalls an die Krankenkassen gedacht, erläutert sie.

In der Folge bedankt sich StRin Meergans (SPD) und verweist dabei auf eine ausführliche Beratung im SGA heute Morgen. Dabei schließt sie sich den Ausführungen von StRin Nuber-Schöllhammer an. Im weiteren Verlauf erkundigt sich StRin Meergans nach den finanziellen Auswirkungen des Modellprojekts. Die Tabelle auf Seite 9 der Vorlage, so Frau Dr. Fischer, sei so zu verstehen, dass bei dem kalkulatorischen Aufwand die Personalkosten für die Schulärzte bereits beinhaltet seien. Neu eingestellt würden ausschließlich die Schulgesundheitsfachkräfte. Die finanziellen Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit werden bei der Kalkulation beim Gesundheitsamt berücksichtigt, erklärt Frau Dr. Fischer.

Bezogen auf die Veränderung der Schullandschaft hin zur Ganztageschule kann StRin von Stein (FW) die Erweiterung der Schulgesundheitspflege nachvollziehen. Sie teilt die Bedenken von StRin Ripsam bei einer flächendeckenden Verankerung des Angebots und macht auf mögliche Parallelstrukturen aufmerksam. Sie meint wie bereits ihre Vorrednerinnen, das Land müsse verstärkt in die Pflicht genommen werden, da für den Bereich der Ganztagesgrundschulen die Verantwortung beim Land liege.

Im Namen der freien Träger bedankt sich Frau Preiß für die Vorlage. Mit Hinweis auf das Gesundheitsempfinden bei Jugendlichen in der Pubertät bemerkt Frau Preiß, dieses schrumpfe in dieser Zeit. Sie bittet um genderbezogene Aspekte innerhalb der Konzeption und der Projektevaluation. Genderbezogene Aspekte werden berücksichtigt, dies sei bei der Evaluation geplant, stellt Frau Dr. Fischer klar. Darüber hinaus macht Frau Preiß darauf aufmerksam, dass Eltern die Möglichkeit haben müssten, sich an die Schulgesundheitskräfte zu wenden bei Anliegen, die ihre Kinder beträfen. Dieser Aspekt sollte ebenfalls in die Konzeption aufgenommen werden. Ihren Redebeitrag schließt Frau Preiß mit den Worten, dass sich die freien Träger über die Vorstellung der Projektkonzeption im Jugendhilfeausschuss freuen würden.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) erläutert, die Schulgesundheitspflege diene dazu, dass Kinder in Stuttgart gedeihlich aufwachsen. Er bittet die Fachverwaltung, das Thema im Städtetag einzubringen und die Pflicht, damit die Schule gut funktioniere, gegenüber den Kultusministerien zu verdeutlichen.

Frau Seyler bedankt sich im Namen des Jugendrats und lobt die geplante Aufklärungsarbeit an Schulen im Rahmen des Modellprojekts. Viele Jugendliche verfügten weder

über einen gesunden Lebensstil noch über Kenntnisse zur Erlangung von psychischer Gesundheit. Sie regt an, Gesundheitskurse im Rahmen der Ersten Hilfe anzubieten, damit Jugendliche Hilfe leisten könnten. Diese Anregung werde aufgegriffen, äußert Frau Dr. Fischer. Sie erläutert, die Schulgesundheitskraft komme an die Schule und ermittle die Bedarfe vor Ort. Partizipativ werden Angebote an dem jeweiligen Campus erprobt.

StRin Nuber-Schöllhammer widerspricht den genannten Befürchtungen, dass Eltern ihren Erziehungsaufgaben nicht nachkämen. In dem Zusammenhang verweist sie auf Privatschulen, die seit jeher Ärzte/-innen oder Krankenschwestern an der Schule beschäftigt hätten, um die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen im Auge zu behalten. Frau Dr. Fischer führt aus, es gebe Erfahrungen aus dem Modellprojekt aus den Bundesländern Hessen, Brandenburg und Bremen, und Befragungen der Eltern hätten ergeben, dass die Sorgen um chronisch erkrankte Kinder gemindert werden konnten. Darüber hinaus sei im Modellprojekt an Veranstaltungen für Eltern gedacht. Der Informationsbedarf bei Eltern sei gerade in den letzten Monaten coronabedingt gestiegen. Themenbezogene Elternabende seien geplant, um Eltern gezielt zu erreichen.

Abschließend betont die Vorsitzende, es gehe nicht darum, Eltern aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Es gehe darum, die Eltern in ihrem Bemühen um die Gesundheit ihrer Kinder zu unterstützen sowie Kinder und Jugendliche zu befähigen, sich ihrer eigenen Gesundheit anzunehmen. Die Schule diene dabei als wichtiger Ort, das Fachthema Gesundheit aufzugreifen. Ihr Referat stehe voll und ganz hinter dem Modellprojekt.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Gesundheitsamt (4)  
Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Schulverwaltungsamt (2)  
Jugendamt (28)  
weg. VA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-ICG
  3. OB-KB
  4. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  5. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  6. Rechnungsprüfungsamt
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS